



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

30. November 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

am vergangenen Wochenende hat in Giessen der SPD-Parteitag der hessischen SPD stattgefunden. Zwei Dinge standen im Mittelpunkt unserer Debatten: Die kommunalpolitischen Leitlinien für die Kommunalwahlen am 27. März 2011 und die Aufnahme der Schuldenbremse in die hessische Verfassung. Vor allem um die Schuldenbremse haben wir engagiert und intensiv diskutiert. Der mit den größten Fraktionen im Landtag ausgehandelte Kompromiss sieht vor, dass neben der Begrenzung der Ausgabenseite auch angemessene Einnahmen sichergestellt werden müssen - ein Novum in einer Verfassung! Thorsten Schäfer-Gümbel hat zu Recht gesagt: Damit muss sich die schwarz-gelbe Landesregierung auch einer Diskussion über Verteilungsgerechtigkeit stellen und kann die Kommunen nicht im Regen stehen lassen - die Schuldenbremse ist keine Ausrede für Sozialabbau!

Eine Idee von Frank-Walter Steinmeier greift das Parlament diese Woche auf: Der Deutsche Bundestag setzt eine neue Enquete-Kommission ein. Diese „Fortschritts-Enquete“ soll Vertrauensverlust und Zukunftsangst aufgreifen - vor allem müssen die „richtigen“ Lehren aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gezogen werden: Wie wollen wir leben und in welcher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist das für alle am besten möglich? Die Enquete gibt Gelegenheit, über die Zukunft der Gesellschaft intensiv nachzudenken - jenseits des alltäglichen Drucks durch den parlamentarischen Betrieb.

Herzliche Grüße aus Berlin von

Euer / Ihre Brigitte Zypries

Mitdiskutieren

Perspektiven für Afghanistan

Anfang 2011 wird der Bundestag über die Verlängerung des Afghanistan-Mandats entscheiden. Die Diskussion über die „richtige“ Unterstützung beim Wiederaufbau des Landes hält nach wie vor an, Berichte über Anschläge dominieren aber leider immer mehr die Debatte, gute Nachrichten aus Afghanistan hört man nur noch selten.

Am Mittwoch (8.12.) diskutiere ich mit Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis über die Perspektiven Afghanistans. Beginn der Veranstaltung ist um 19 Uhr im Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt (Karolinenplatz 3) - Sie sind herzlich eingeladen!



Mein Kalender-Tipp

Paralympics-Kalender 2011

Erinnern Sie sich noch? Im März 2010 haben die Paralympics in Kanada stattgefunden. Das Deutsche Team hat insgesamt 23 Medaillen erkämpft - eine tolle Leistung! R4H - das Radio für barrierefreie Köpfe - war vor Ort und berichtete täglich von den Wettkämpfen. Die Bilder, die in Kanada entstanden sind, vermitteln die eindrucksvolle Atmosphäre vor Ort und lassen die Wettkämpfe Revue passieren. **Diese Bilder gibt es jetzt als Kalender für 2011.** Vielleicht fehlt Ihnen ja noch ein Weihnachtsgeschenk?!

Alle Fotos und Infos finden Sie unter www.kalender-r4h.de. Dort können Sie den Kalender bestellen - klicken Sie doch mal rein!

Rente mit 67: Ja, aber nur mir gerechten Chancen für Ältere auf dem Arbeitsmarkt!

Am Donnerstag beraten wir im Bundestag zum ersten Mal einen Bericht der Bundesregierung zur Rente mit 67. **Die Verabschiedung des Gesetzes zur Anhebung des Renteneintrittsalters hatten wir aus gutem Grund mit einer Überprüfungsklausel verknüpft, die sicherstellt, dass der Einstieg in die Rente mit 67 nur erfolgt, wenn auch die Bedingungen dafür erfüllt sind.** Überprüft wird die Entwicklung der Arbeitsmarktlage und die wirtschaftliche und soziale Situation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. **Die entscheidende Frage lautet: Ist die überwiegende Zahl der Menschen bis zum Rentenbeginn sozialversicherungspflichtig beschäftigt und welche Qualität hat diese Beschäftigung?**

Die positive Beschäftigungsentwicklung der letzten Jahre hat einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit Älterer bewirkt, der zu einem steigenden durchschnittlichen Rentenzugangsalter führt. Zu einer ehrlichen Bewertung gehört allerdings auch, dass bei den Erwerbstätigen im rentennahen Alter die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiterhin zu wünschen übrig lässt. **Ich meine, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Voraussetzungen für den Einstieg in die Rente mit 67 ab 2012 noch nicht gegeben sind - dies macht der Bericht der Bundesregierung klar deutlich!**

Längerfristig bleibt die Anhebung des Renteneintrittsalters sozial- und wirtschaftspolitisch notwendig und unausweichlich, davon bin ich überzeugt. Ich glaube auch, dass die jüngere Generation, die ja vor allem von der Anhebung des Renteneintrittsalters betroffen ist, weiß, dass angesichts einer deutlich veränderten Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung die gesetzliche Rentenversicherung als Grundlage der Altersvorsorge nur so erhalten werden kann.

Politik und Wirtschaft sind gleichermaßen aufgefordert, die Arbeitsbedingungen für Ältere zu verbessern. Dazu gehören flankierende Maßnahmen bei der Arbeitsmarktpolitik, bei der Weiterbildung und flexible Lösungen für den Arbeitsübergang. **Mindestens genauso wichtig ist der Umdenk-Prozess bei den Unternehmen.** Eine aktuelle Studie der GfK zeigt, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Firmen als besonders erfahren, verantwortungsbewusst und loyal geschätzt werden - dies muss sich auch in konkreten Angeboten für ältere Beschäftigte in den Betrieben niederschlagen, **beispielsweise in Angeboten zur Gesundheitsförderung für Ältere - so wie es Merck in Darmstadt vornimmt!**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fotos:
[aboutpixel](#)/Rainer Sturm (S. 2)
[aboutpixel](#)/stormpic (S. 3)

Zukunft der Kommunen: Wir brauchen handlungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise

Immer wieder ist die finanzielle Situation von Städte und Gemeinden Thema der politischen Diskussion in Bund, Land und vor Ort. Gerade vor einer Woche haben über 300 Kommunalpolitiker aus Hessen vor dem Hessischen Landtag gegen die Pläne der Landesregierung protestiert, beim kommunalen Finanzausgleich zu kürzen. In vielen hessischen Kommunen steht bereits das „Mahnmal gegen Kommunalfeindlichkeit“: Der hessische Löwe als „Pleite-Löwe“.

Nicht zuletzt die Entscheidung der Koalition, mit der „Hotel-Steuer“ ihr Klientel der Hoteliers zu bedienen, führt bei den Kommunen zu massiven Einnahmeausfällen: **Alleine durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ verlieren die Kommunen 1,6 Mrd. Euro, für das Jahr 2010 rechnet die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände mit einem Rekorddefizit von 12 Mrd. Euro.** Die Situation der Kommunen ist dabei keineswegs konjunkturbedingt und kurzfristig. Viele Städte und Gemeinden gerade in Hessen sind strukturell unterfinanziert, Darmstadt ist da nur ein Beispiel. Diese strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen gefährdet über kurz oder lang den Zusammenhalt in den Kommunen.

Auf dem Parteitag der SPD Hessen am vergangenen Wochenende haben wir auch vor dem Hintergrund der anstehenden Kommunalwahlen intensiv über die Situation der Kommunen diskutiert. **Klar ist, dass es in den Städten und Gemeinden entschieden wird, ob Integration gelingt, ob Bildungsgerechtigkeit geschaffen wird, ob Menschen in Würde wohnen können und Arbeit finden. Deshalb ist eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen so wichtig** - Bund und Länder dürfen sich nicht aus der Verantwortung stehlen, wenn es um Geld für die Aufgaben geht, die die Kommunen als Pflichtaufgaben erbringen müssen - ganz zu schweigen von den freiwilligen Leistungen z.B. bei Sport und Kultur.

Der Bundestag befasst sich am Donnerstag mit der Lage der Kommunen. Zum einen beraten wir den Antrag der SPD-Fraktion zu einem Rettungsschirm für Kommunen - dazu habe ich bereits Anfang des Jahres berichtet - zum anderen geht es um die Zukunft der Gewerbesteuer. **Wir fordern die Bundesregierung auf, zu den bereits gemachten Zusagen zu stehen und die Gewerbesteuer zu erhalten!**